Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark Girokonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89 Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Heimat und Welt"

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe

Anzeigen: 1 mm hoch, 42 mm breit 10 Pfg. Familien- und Kleine Anzeigen .... 8 Pfg. Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg. :-: Postscheckkonto Nr. 404 49 Amt Köln :-:

Nummer 36 Fernsprecher Nr. 1 **Laasphe, Mittwoch den 12. Februar 1930** **55. Jahrgang**

Neues vom Tage.

— In Itzehoe kam es anläßlich einer nationalsozialistischen Versammlung zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, wobei neun Personen verletzt wurden.

— In der Redaktion einer italienischen Zeitung in Triest ereignete sich infolge eines fascistischen Attentats eine große Explosion, wobei vier Personen schwer verletzt wurden.

— Die polnische Presse berichtet, daß die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen nach der Rückkehr des deutschen Gesandten Rauscher nach Warschau in ihr letztes Stadium getreten seien. Am Donnerstag oder Freitag seien die entscheidenden Beschlüsse zu erwarten.

— Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der Zentralrat der russischen Gewerkschaften beantragt, Stalin den Roten Bannerorden 1. Klasse zu verleihen. Stalin würde damit Inhaber des höchsten Ordens werden, den die Sowjetunion zu vergeben hat.

— In Washington fand der Austausch der Ratifizierungsurkunden des Mellon-Berenger-Abkommens statt, das die französisch-amerikanische Schuldenfrage regelt.

Der Kampf beginnt.

Der Reichstag hat am Dienstag mit der ersten Beratung des Younggesetzes begonnen. Damit nimmt einer der wichtigsten und bedeutungsvollsten politischen Kämpfe, die wir seit Jahren hatten, seinen Anfang. Wenn die Regierungsparteien des Reiches — Sozialdemokratie, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Deutsche Demokratische Partei, Bayerische Volkspartei — der Vorlage zustimmen, ist eine Mehrheit für sie gesichert. Ob das aber so glatt und so prompt geschehen wird, wie die Regierung es wünscht, steht heute noch keineswegs fest. Das Zentrum hat seine Zustimmung zu dem neuen Reparationsplan abhängig gemacht von einer vorherigen völligen Klärung der Finanzlage und einer Einigung unter den Regierungsparteien über die Wege zur Sanierung der Reichsfinanzen. Es hat diesen Standpunkt neuerdings wieder dem Reichskanzler mitgeteilt, offenbar um dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß es ihm ernst ist damit. Die Bayerische Volkspartei hat sich der Auffassung des Zentrums angeschlossen, und die demokratische Fraktion hat diesen Standpunkt ebenfalls grundsätzlich gebilligt, aber allerdings betont, daß man dem Haager Abkommen schließlich zustimmen müsse. Wie sich die Vorbehalte der einzelnen Gruppen letzten Endes auswirken werden, bleibt abzuwarten. Jedenfalls aber wird es für die Reichsregierung nicht leicht sein, mit ihnen fertig zu werden.

Stärker als die Bedenken, die man im Lager der Regierungsparteien gegen das Haager Reparationsabkommen hat, sind die Widerstände gegen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen. Es ist als Anlage dem Gesetzentwurf über die Haager Vereinbarungen beigegeben, muß also zusammen mit diesem erledigt werden. Das Abkommen soll nach Auffassung der Reichsregierung unsere Beziehungen zu Polen in einigermaßen normale Bahnen bringen — bis jetzt war das deutsch-polnische Verhältnis gelegentlich ja recht gespannt. Ob das Deutsche Reich aber die erheblichen Opfer bringen kann und soll, die das Abkommen vorsieht, ist eine sehr umstrittene Frage. Von den Gegnern der Vereinbarung wird darauf hingewiesen, daß auch durch das Liquidationsabkommen in den deutsch-polnischen Beziehungen noch lange keine Ruhe geschaffen wird, weil die sehr mächtigen und sehr einflußreichen nationalistischen Kreise Polens immer noch eine laute Propaganda für eine Vergrößerung des polnischen Staates durch Angliederung weiterer deutscher Gebiete machen, und weil schließlich die polnische Regierung nach etwaiger Annahme des Liquidationsabkommens bei den dann folgenden Schlußverhandlungen über den abzuschließenden deutsch-polnischen Handelsvertrag wahrscheinlich neue für Deutschland unannehmbare Forderungen stellen würde. Es ist bekanntlich insbesondere die deutsche Landwirtschaft, die von einem Handelsvertrag mit Polen schwere Schädigungen befürchtet. Man muß bei dieser Sachlage damit rechnen, daß das jetzt vorliegende deutsch-polnische Abkommen nur mit einer geringen Mehrheit vom Reichstag gebilligt werden wird.

Am allerschwierigsten aber werden sich die Verhandlungen über die Sanierung der Reichsfinanzen gestalten. Diese Frage hat zwar unmittelbar mit den Younggesetzen nichts zu tun, sie ist aber durch den erwähnten Vorstoß des Zentrums mit ihr verknüpft worden. Uebrigens bestand ein mittelbarer Zusammenhang auch schon vorher, insofern nämlich, als sowohl Annahme wie Ablehnung des neuen Reparationsplanes gewichtige Konsequenzen für die Gestaltung des neuen Reichsetats und damit auch für die Reichsfinanzen im Gefolge haben. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat ein Sanierungsprogramm vorgelegt, das sich in wesentlichen Punkten von dem unterscheidet, was sein Amtsvorgänger im Dezember vorigen Jahres vorschlug. Damals rechnete man noch mit der Möglichkeit einzelner Steuersenkungen — inzwischen aber hat sich die Lage der Reichsfinanzen bekanntlich so verschlechtert, daß hiervon keine Rede mehr sein kann. Man muß damit rechnen, daß der finanzielle Status des Reiches sich seit Dezember um etwa 1½ Milliarden Reichsmark zu seinen Ungunsten verändert hat. Dafür muß Deckung geschaffen werden, ebenso für das Defizit des neuen Reichsetats für 1930/31 in Höhe von etwa 750 Millionen Reichsmark. Es erklären sich die Vorschläge des Reichsfinanzministers auf Erhöhung der Umsatzsteuer und der Biersteuer. Die Biersteuererhöhung wird aber von mindestens einer der Regierungsparteien, der Bayerischen Volkspartei, nicht mitgemacht werden. Wenig Gegenliebe hat auch der Vorschlag Moldenhauers gefunden, das große Defizit der Reichsanstalt für die Arbeitslosenversicherung statt wie bisher durch Anpumpen der Reichskasse, künftig durch Darlehen zu decken, das die anderen Versicherungskörper, — Invalidenversicherung und Angestelltenversicherung — gewähren sollen. Von diesem Plane will, soweit wir sehen, eigentlich keine der Regierungsparteien etwas wissen, weil niemand die finanziell gesunden Sozialversicherungen der Gefahr aussetzen will, daß sie durch Darlehen an die Arbeitslosenversicherung, die sich in chronischer Finanznot befindet, ebenfalls ungünstig beeinflußt werden. Aber wie soll dann der Arbeitslosenversicherung geholfen werden? Der Arbeitsminister schlägt eine weitere Beitragserhöhung vor, die natürlich Arbeitnehmer und Arbeitgeber treffen würde. Dagegen aber sind ebenfalls schon erhebliche Bedenken angemeldet, insbesondere will der Reichsfinanzminister selber nichts davon wissen.

Ueber alle diese Dinge wird sich der Reichstag jetzt zu unterhalten haben. Meinungsverschiedenheiten und Konfliktstoffe sind genügend vorhanden, so daß niemand vorhersagen kann, wie der Kampf, der soeben beginnt, ausgehen wird.

Minister Curtius über den Young-Plan.

Das Werk Stresemanns fortgesetzt. — Keine Mehrbelastung Deutschlands. — Freigabe des deutschen Privateigentums. — Die Ostpolitik und das polnische Abkommen. — Lasten für zwei Generationen.

× Berlin, 11. Februar.

Der Reichstag begann am Dienstag mit der Beratung des Young-Gesetze. Als Erster sprach

Außenminister Curtius

Der Minister erinnerte daran, daß nach dem Londoner Zahlungsplan Deutschland mit einer Kapitalschuld von 132 Milliarden Goldmark belastet wurde. Die

Kapitalschuld nach dem Young-Plan betrage 34.5 Milliarden.

Die durchschnittliche Jahreslast sei gegenüber dem Dawes-Plan um fast 500 Millionen niedriger. Hierbei sei der Wohlstandsindex noch nicht eingerechnet. Die Schutzmaßnahmen des Dawes-Planes hätten die in sie gesetzten Erwartungen nicht gerechtfertigt. Nach dem Young-Plan sei Deutschland für die Devisenaufbringung selbst verantwortlich. Alles in allem enthalte der Young-Plan bessere Garantien für die Aufrechterhaltung der deutschen Währung und Wirtschaft als der Dawes-Plan. Schließlich trete Deutschland in einer völlig veränderten politischen Lage den neuen Reparationsweg an. Es werde

von fremder Besatzung frei.

Auch von der Willkür des Versailler Sanktionssystems. Der Neue Plan beruhe auf dem Grundgedanken des gemeinsamen Interesses aller beteiligten Länder und erfordere daher die Zusammenarbeit aller dieser Länder.

führte zur Begründung des Young-Plans in seiner längeren Reichstagsrede u. a. aus: Auf der zweiten Haager Konferenz wurde das Werk Stresemanns fortgesetzt. Das sogenannte Sanktionssystem des Versailler Vertrages wurde beseitigt. Nach der neuen Regelung besteht die Garantie der Gläubigermächte in der von Deutschland unter eigener Verantwortung übernommenen feierlichen Verpflichtung, die festgesetzten Jahreszahlungen gemäß der Bestimmungen des Planes zu zahlen. Die Reparationskommission hat keine Funktionen mehr auszuüben. Der Minister behandelte dann die bei den Haager Verhandlungen über den Young-Plan gemachten

Zugeständnisse.

Eine Mehrbelastung Deutschlands sei nicht eingetreten. Die Sonderverhandlungen über die Freigabe des noch nicht liquidierten Eigentums und Herausgabe von Ueberschüssen hätten zum Teil zu guten, zum anderen Teil zu geringen Ergebnissen geführt. In England unterliege die Freigabe leider großen Ausnahmen. Inhalt und Zweck des polnischen Abkommens sind in der deutschen Oeffentlichkeit vielfach in geradezu unbegreiflichem Maße verfälscht worden. Es sind Vorwürfe erhoben, Schlagworte geprägt und Schlußfolgerungen gezogen worden, die mit dem wahren Sachverhalt nicht das geringste zu tun haben. Man ist soweit gegangen, zu sagen, daß dieses reine Zweckabkommen die großen

Fragen unserer Ostpolitik

nachteilig beeinflusse. Nichts von alledem ist wahr. (Abg. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.): Das glauben Sie ja selbst nicht! — Der Rufer erhielt einen Ordnungsruf.) Für den gegenüber Polen ausgesprochenen Verzicht sind wertvolle nationalpolitische Vorteile eingetauscht worden. Namentlich für die deutschen Minderheit in Polen haben wir den Druck, der zehn Jahre nach dem Kriege auf ihr gelastet hat, erleichtert. Die finanzielle Belastung hält sich im Rahmen des Tragbaren und geht nicht im Entferntesten in Milliarden. Dieser

angebliche Milliardenverzicht

soll daher stammen, daß wir Polen von seiner Verpflichtung zur Bezahlung des deutschen Staatseigentums in den abgetretenen Gebieten befreit hätten. Es ist bis zum Ermüden immer und immer wieder betont worden, daß wir einen solchen Anspruch gegen Polen überhaupt nicht mehr hatten. Wer behauptet, daß die durch das Abkommen gewonnenen nationalpolitischen Vorteile gering seien, hat den schweren Weg der deutschen Minderheit vergessen.

12 000 deutsche Rentengutsbesitzer mit einer Familienkopfzahl von etwa 80 000 Personen haben wir wenigstens in ihren Erbrechten sicherstellen können.

Der Minister besprach dann die

zweite Haager Konferenz.

Es ist gelungen, bei der Regelung der offengebliebenen Fragen Deutschland vor weiteren Belastungen zu bewahren.

Die Reichsregierung ist sich der Schwere der Last, die auf zwei Generationen gelegt wird, voll bewußt. Niemand vermag heute eine sichere Voraussage für eine so lange Zukunft über die Entwicklung des Wirtschaftslebens zu machen. Für die Entscheidung über den Neuen Plan ist einzig und allein maßgebend die Beantwortung der Frage, ob Besseres zu erreichen war und ob das Erreichte einen Fortschritt bedeutet. Wird diese Frage im Sinne der Stellungnahme der Reichsregierung beantwortet, so muß sich damit der feste Entschluß verbinden, mit allen Kräften in ehrlichsten Bemühungen die Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.

Berliner Gehälter.

Aus dem Sklarek-Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags.

Der Sklarek-Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtags behandelte die Berliner Verkehrsbauten. Stadtrat Reuter (Soz.) äußerte sich darüber, wieweit die Illiquidität der Berliner Finanzlage auf Verkehrsbauten und Grundstückskäufe zurückzuführen ist. Die früheren Freiverkehrsunternehmungen hätten zusammen zehn Vorstandsmitglieder gehabt, die Vereinigte Berliner Verkehrsgesellschaft hätte nur noch fünf.

Mit vier von ihnen sei ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach jeder ein Jahresgehalt von 72 000 Rm. bekäme. Der fünfte Direktor hätte schon seit 1924 eine höhere Vertragssumme durch einen größeren Beteiligungszusatz. Er käme auf über 300 000 Mark im Jahre. Dieser Betrag sei jetzt so herabgesetzt, daß für ihn in diesem Jahre etwa 130 000 Mark herauskämen.

Der neue Reichshaushalt.

Parteiführerbesprechung beim Reichsfinanzminister.

Aus Berlin wird amtlich gemeldet: Am 11. Februar fand eine erneute Besprechung des Reichsministers der Finanzen mit den Parteiführern und Finanzfachverständigen der Regierungsparteien statt. Der Reichsfinanzminister gab erneut eine Uebersicht über die Staats- und Kassenlage, wies darauf hin, daß im Jahre 1930 nicht nur die Finanzen des Reiches, sondern auch die der Länder und Gemeinden, soweit sachlich gerechtfertigt, saniert werden müßten und daß eine Entlastung der Wirtschaft nur auf diesem Wege erreicht werden könne. Er legte die verschiedenen Wege dar, auf denen der Fehlbetrag des Reichshaushalts 1930 abgedeckt werden könnte und sagte zu, daß der Etat 1930 mit möglichster Beschleunigung im Reichskabinett verabschiedet werden würde.

Bei der anschließenden Erörterung wurde in erster Linie die Frage des Kredites an die Arbeitslosenversicherung im Jahre 1930 besprochen. Es bestand Uebereinstimmung darüber, daß der Plan, die verfügbaren Gelder der sozialen Versicherungsträger für diese Zwecke heranzuziehen, nur so gedacht sei, daß hierdurch keine Gefahrengemeinschaft mit der Arbeitslosenversicherung herbeigeführt würde.

Die Baseler Tributbank.

Keine amerikanische Beteiligung voran.

Der Vorsitzende des Bankenwährungsausschusses im Repräsentantenhaus, Mac Fadden, nahm in einer Erklärung scharf gegen eine amerikanische Beteiligung an der Tributbank (Bank für internationale Zahlungen = B. J. Z.) Stellung, wodurch Amerika nur in europäische Angelegenheiten verwickelt werden könnte. Die B. J. Z. sei nur das Finanzorgan des Völkerbundes.

Mac Fadden fügte hinzu, daß durch die Beteiligung der Bundesreservebanken an zwei Dritteln des im ganzen 300 Millionen betragenden Morgan-Kredits an England ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen werde.

Daher könne er die New Yorker Bundesbank vor einem allzu engen Kontakt mit der B. J. Z. nur warnen. Wenn die Regierung im Besitz besonderer diplomatischer Informationen dem Schatzamt internationale Finanzbeziehungen verbiete, habe sie zweifellos gewichtige Gründe.

Die Young-Gesetze im Reichstage.

Berlin, 11. Februar.

Der Platz des Abgeordneten Dr. Levi (Soz.) war mit weißem Flieder geschmückt.

Der Präsident widmete zunächst dem Abgeordneten Dr. Levi, der inmitten schwerer Krankheit durch einen tragischen Unglücksfall aus dem Leben geschieden sei, einen Nachruf.

Die Kommunisten und Nationalsozialisten blieben der Kundgebung fern.

Auf der Tagesordnung stand als einziger Punkt die

erste Beratung der Gesetzentwürfe zur Durchführung der Haager Vereinbarungen.

Zunächst sprach Reichsminister **Dr. Curtius.** Den Hauptinhalt seiner Rede geben wir an anderer Stelle wieder.

Die **Aussprache** eröffnete Abg. Dr. **Breitscheid** (Soz.). Kein vernünftiger Mensch werde leugnen können, so erklärte er, daß es in den letzten zehn Jahren vorwärts und aufwärts gegangen ist, und daß wir eingerückt sind in die Linie der politischen Gleichberechtigung. Die einzelnen Fortschritte sind geschmäht und beschimpft worden. Wo sachliche Argumente fehlten, setzte, wie beim Volksbegehren, die Lüge ein.

Abg. Dr. **Hugenberg** (Dn.), der dann das Wort erhält, wird von der Linken mit lebhaften Ah-Rufen empfangen. Es kommt zu stürmischen Szenen, als Hugenberg erklärt, er habe, als er im Reichstag das letzte Mal sprach, darauf hingewiesen, daß die damalige oPlitik schließlich einmal zur Besetzung des Ruhrgebiets führen müsse. Dieses Unglück wurde ja auch Wirklichkeit.

(Zuruf bei den Soz.: Da hast Du schön dran verdient. — Stürmische Pfuirufe rechts.) Herr Abg. Landsberg, Sie müßten sich in Ihrem Innern dieses Zwischenrufes selbst schämen! (Beifall rechts. — Abg. Landsberg (Soz.) bestreitet, der Zwischenrufer gewesen zu sein. — Zuruf rechts: Wels war es, der ist ja besoffen! — Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) wurde wegen dieses Zurufes aus dem Saal gewiesen. — Große Unruhe im ganzen Hause). Ich stelle fest, daß hier ungestraft einem Mitglied des Hauses etwas deraartiges zugerufen werden kann. (Als Abg. Wels auf eine Frage des Präsidenten zugibt, den Zuruf gemacht zu haben, erhielt er einen Ordnungsruf. — Von der Rechten wurde stürmisch seine Ausschließung verlangt. Nur allmählich kehrt wieder Ruhe ein. — Abg. Strasser (Nat.-Soz.) wurde wegen verschiedener Zurufe gleichfalls aus dem Saale gewiesen. — Abg. Gok (Dn.) erhielt einen Ordnungsruf.

Abg. Dr. **Hugenberg** fuhr dann fort und erklärte den Young-Plan für undurchführbar. Auch das Ausland erkenne seine Unerfüllbarkeit. Dr. Schacht habe bereits die Verantwortung für den Young-Plan abgelehnt. Ein ehrliches „Nein" sei auch dem Ausland lieber als ein unehrliches „Ja". Wir bitten heute im Interesse von Land und Volk, das furchtbare Unglück dieses Vertragswerkes von Deutschland abzuwenden. Die Macht der Umstände wird zur Erkenntnis der Sachlage und zu den Folgerungen zwingen. Jede Verzögerung trifft das deutsche Volk.

Reichsaußenminister Dr. **Curtius** erwiderte sofort und erklärte, er könne wohl im Namen der überwältigenden Mehrheit des Hauses sagen, daß dieser Ruhreinfall wie ein namenloses Unglück über uns gekommen ist. Es war aber auch ein ungeheures Unrecht, das nur möglich gewesen ist, weil der Versailler Vertrag die Anwendung des Sanktionssystems in vollem Umfang ermöglichte. Wir glauben, daß wir mit dem Young-Plan der deutschen Freiheit, Einheit und Kultur dienen, nicht aber mit den Methoden, die Herr Dr. Hugenberg anwendet. Ich war gespannt auf seine Rede, aber er hat nicht mit einem Worte gesagt, was er an unserer Stelle tun würde. (Beifall bei der Mehrheit.) Er ist der Letzte, der sich darüber beschweren darf, wenn Bestimmungen für den Fall einer böswilligen Zerreißung des Plans eingefügt wurden. Seine Agitation hat erst dazu geführt. (Großer Lärm und Rufe rechts: Unerhört, unverschämt, Advokat Frankreichs, Franzosenfreund!) Es ist ganz ausgeschlossen, daß diese Bestimmungen Frankreich zu einer Wiederbesetzung des Rheinlandes berechtigen könnten. Sie alle wissen, daß die Ablehnung des Young-Plans die Rückkehr zum Dawesplan bedeutet. Die Reichsregierung will dem Bismarckwort folgen: Die Ehre und Würde des Staates zu wahren heißt ihn vor Krisen zu schützen. (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. **Graf zu Reventlow** (Nat.-Soz.) beantragte, die Rede des Außenministers auf Staatskosten öffentlich anzuschlagen.

Abg. Dr. **Brüning** (Zentrum) erklärte, seine Partei wende sich gegen jeden Versuch, die vorliegenden Gesetzentwürfe ohne eingehende Beratung durchzupeitschen. Dem Dawes-Plan habe man freudiger zustimmen können, als diesem Plan. Damals habe es sich um die Sicherung der Währung gehandelt, und man habe allgemein von dem Vertragsabschluß den Anfang einer friedlichen Verständigung mit den Gegnern erwartet. Diese Erwartungen seien aber schmerzlich enttäuscht worden. Die Zerreißungsklausel lasse alles vermissen, was man Locarnogeist nennen könnte. In der Saarfrage habe Frankreich durch seine Haltung nicht den Glauben an seinen Verständigungswillen gestärkt. Schmerzlich seien die Schwierigkeiten festzustellen, die England in der Liquidationsfrage gemacht habe. Beim Polenabkommen nehme Deutschland offensichtlich große finanzielle Opfer auf sich, um dagegen ideelle Zugeständnisse Polens einzutauschen. Das Zentrum werde diesem Abkommen nicht zustimmen können, bevor ihm nicht im Ausschuß bestimmte Auskünfte über einzelne Fragen gegeben würden.

Abg. **Thälmann** (Kom.) bezeichnete den Young-Plan als einen Sklavenvertrag, dem die Kommunisten niemals zustimmen würden.

Abg. Freiherr von **Rheinbaben** (D. V. P.) legte zunächst die grundsätzliche Einstellung seiner Partei zur Außenpolitik der letzten Jahre dar. Die Deutsche Volkspartei erblicke in dem vorliegenden Vertragswerk den Abschluß der zweiten Nachkriegsepoche von Herbst 1923 bis zum Beginn dieses Jahres. Das Ziel der in dieser Zeit insbesondere von dem verstorbenen Reichsaußenminister Dr. Stresemann verfolgten Politik sei die Wiedergewinnung der territorialen Souveränität gewesen. Auch die Deutsche Volkspartei teile die bange Sorge, daß Deutschland immer noch außerordentlich schwere Lasten werde tragen müssen. Es könne aber festgestellt werden, daß der neue Plan im Vergleich zum Dawes-Plan in finanzieller Beziehung immerhin ein erheblicher Fortschritt sei.

Abg. Dr. **Bredt** (Wirtsch. P.) betonte, seine Partei habe die Verständigungspolitik grundsätzlich stets gebilligt und werde sich von ihr auch für die Zukunft nicht abwenden. Die heutige Finanzmisere sei von der Linksregierung verschuldet. Wer aber heute Herrn Hugenberg gehört habe, müsse jede Hoffnung fahren lassen, daß uns etwa eine Rechtsregierung Hilfe bringen könne. Die Wirtschaftspartei könne die Verantwortung für die Annahme des Young-Plans nicht mit übernehmen.

*

Antrag des Amnestie-Ausschusses.

Der unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Grützner im Rheinland gebildete Amnestieausschuß hat nunmehr an sämtliche Fraktionen des Reichstags formell den Antrag gestellt, bei **Beratung der Haager Gesetzesvorlage zu der dort vorgesehenen Bestimmung über die Räumungsamnestie die Aufnahme eines weiteren Paragraphen zu beschließen, wodurch diese Amnestie auch auf diejenigen Deutschen angewendet wird, die in Abwehr der Verräter in der unruhigen Besatzungszeit Tötungsverbrechen begangen haben.**

Bundeskanzler Schober bei der Wiener Presse.

Ueber seine Reisen nach Rom und Berlin.

Auf dem Ball der Journalisten und Schriftstellervereinigung Concordia am Montag hielt Bundeskanzler Schober eine Ansprache, in der er feststellte, daß Oesterreich im Haag einen vollen Erfolg erzielt habe, wenngleich ein Teil der Presse an den Ergebnissen nörgele. Dann fuhr er fort: Auch die Reise nach Rom, die mit zwei meiner Amtsvorgänger vereinbart und nun aber unter wesentlich günstigeren Umständen von mir als dem Vertreter des im Haag freigewordenen Oesterreichs unternommen wurde, gab den Nörgelern und Kritikern Anlaß zu Fälschungen der Wahrheit und war wieder ein Anlaß zu giftmischendem Pessimismus.

Es wurden zur Beunruhigung unserer öffentlichen Meinung und der auswärtigen Staaten falsche Nachrichten verbreitet in der offenbaren Absicht, unsere in tausendjähriger Geschichte unseres Volkes gegründete Blutsbruderschaft mit Deutschland und das kaum angebahnte Verhältnis zu Italien zu stören.

Wer mich kennt, der weiß, daß ich der Würde unseres Landes nichts vergebe, und an meiner Liebe zu Deutschland lasse ich von niemandem rütteln. So bezeichne ich meine Reise nach Rom als einen österreichischen Erfolg.

Die Londoner Konferenz.

Die Unterseebootsfrage.

Nach der englisch-amerikanischen Uebereinkunft ist die Unterseebootsfrage der bedeutendste Verhandlungsgegenstand der Flottenkonferenz. England und Amerika sind für die Abschaffung der U-Boote, Frankreich und Japan dagegen, Italien für Abschaffung mit dem Vorbehalte, daß die Abschaffung der U-Boote von sämtlichen Flottenmächten, also nicht nur den in London vertretenen Staaten vorgenommen werden muß und eine wirklich bedeutende Verminderung der Ueberwasserschiffe Voraussetzung sein soll.

Japan legt auf Verteidigung der Beibehaltung der U-Boote den Nachdruck auf den defensiven Charakter, so daß Frankreich die einzige Macht bleibt, die der Ansicht ist, daß nicht nur kleine Küstenunterseeboote erlaubt sein sollen, sondern das Recht beibehalten werden müsse, große ozeanfähige Boote für den Angriff auf die Handelsschiffahrt im Kriege vorbehaltlich gewisser Humanisierungsregeln beizubehalten.

England beantragt Abschaffung der U-Boote.

Zu Beginn der Dienstag-Vollsitzung gab Ministerpräsident MacDonald als Vorsitzender bekannt, daß der erste Ausschuß seine Arbeiten nahezu abgeschlossen habe. Einige technische Fragen wurden einem Unterausschuß technischer Sachverständiger überwiesen, der seine Arbeiten inzwischen beendet hat. Der erste Ausschuß wird morgen zusammentreten, und es besteht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß er einen Bericht über die Vereinigung der beiden Methoden der Abrüstung, Begrenzung der Gesamttonnage, die Begrenzung nach Schiffsklassen sowie die Möglichkeit eines Transfers den Hauptdelegierten in aller Kürze erstattet.

In der Vollsitzung sprach als erster der Erste Lord der Britischen Admiralität Alexander, der mit sehr starkem Nachdruck für eine völlige Abschaffung der U-Boote eintrat. Er begründete diese Auffassung ausführlich.

Die Vorgänge in Spanien.

Romanones und die Monarchie.

Die spanische Botschaft in London veröffentlicht eine Erklärung, die die teilweise im Sinne der bevorstehenden Errichtung einer spanischen Republik abgegebenen Erklärungen des Führers der liberalen Gruppe Romanones auf ihre wirkliche Bedeutung zurückführt.

Darin heißt es, daß Romanones nur an einen Ausbau der konstitutionellen Monarchie denke, wobei die Person des Königs Alfons nicht berührt wird. Vor seiner Abreise nach Paris habe Romanones ausdrücklich erklärt, daß die spanische Monarchie durch die Herstellung einer konstitutionellen Monarchie nach dem Vorbild Englands und Belgiens gerettet werden könne. Die Altkonservative Partei in Spanien hat sich unter dem Vorsitz von Graf Bogallal wieder neugebildet.

Die Getreidepreise in Amerika.

Eine neue Aufnahmegesellschaft.

Einer Washingtoner Meldung zufolge gab der Vorsitzende des Federal Farm Board seine Zustimmung zur Bildung einer Gesellschaft zur Stabilisierung der Getreidepreise bekannt. Die Gesellschaft, die ein Anfangskapital von 40 Millionen Mark erhalten soll, wird die gesamten Getreideüberschüsse aufkaufen, um die Landwirtschaft vor schweren finanziellen Verlusten zu bewahren.

In den letzten Tagen in London eingegangene amerikanische und kanadische Berichte besagen, daß das Problem des Weizenabsatzes sich einer großen Krise nähert. Ungeheure Mengen befinden sich in den Händen amerikanischer Weizenpools, die in Europa nicht abgesetzt werden konnten.

Politische Tagesschau.

←■ **Die Immunität des Abgeordneten Goebbels aufgehoben.** Der Geschäftsordnungsausschuß des Reichstages beschloß, mit sofortiger Wirkung die Immunität des nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Goebbels wegen mehrfacher Beleidigung durch die Presse aufzuheben. Auch die Immunität der kommunistischen Abgeordneten Blenkle und Strötzel wurde aufgehoben, jedoch wurde in diesen beiden Fällen bestimmt, daß die Hauptverhandlung nicht vor Beginn der Sommerferien stattfinden darf.

←■ **Schaumburg-Lippes Anschlußgesetzentwurf angenommen.** In der Sitzung des Schaumburg-Lippischen Landtags wurde die 2. Lesung des Gesetzentwurfes über die Vereinigung Schaumburg-Lippes mit Preußen mit 10 gegen 4 Stimmen angenommen. Die sozialdemokratischen Mitglieder stimmten der Vorlage geschlossen zu, ebenso ein Teil der Bürgerlichen.

←■ **Frankreich und Rußland.** Nach einer Meldung der Pariser Agentur „Radio" hat der ehemalige zaristische Marineminister Admiral Grigorowitsch, der sich seit einigen Jahren in Frankreich aufhält, von der Moskauer Regierung Befehl erhalten, sofort nach Rußland zurückzukehren, andernfalls man seine in Rußland ansässige Familie ins Gefängnis werfen werde. Ueber die Gründe der Zurückberufung sei in der Aufforderung nichts gesagt.

Aus Laasphe und Umgegend.

* **Laasphe**, 12. Februar. Zu Beginn der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurden die inzwischen von der Regierung bestätigten neugewählten Magistratsmitglieder Dr. Bang, O. Metz und P. Knebel von Bürgermeister Pränger vereidigt und in ihr Amt eingeführt. Anschließend begrüßte er sie als seine neuen Mitarbeiter und hofft, daß er mit ihnen eine Reihe von Jahren zum Wohle der Stadt arbeiten kann, wie er auch mit dem alten Magistrat, dem er an dieser Stelle für seine uneigennützige Arbeit dankt, gearbeitet habe. Auf Vorschlag des Stadtverordnetenvorstehers Saßmannshausen wurde die Wahl des Bezirksvorstehers in Laaspherhütte durch Akklamation vorgenommen und der seitherige Vorsteher Wagner einstimmig wiedergewählt. Auch die Wahl der Mitglieder für den Schulausschuß der Rektoratschule war schnell erledigt. Es wurden gewählt: Rud. Dresler, Stadtv. Kombächer (Bürgerliste) und Ernst Weiß (Dammstr.) und Stadtv. H. Heinrich (Soz.). Nun verlas Stadtverordnetenvorsteher Saßmannshausen die durch die Finanzkommission geprüfte Rechnung. Die Stadtkasse schließt ab mit 251 305,— M. in Einnahme und 279 367,81 M. in Ausgabe, sodaß ein Vorschuß von 28 062,19 M. besteht, der sich um einen Einnahmerest von 4171,40 M. vermindert. Stadtv. Renner bittet im Anschluß an die Verlesung des Protokolls die Bürgerlichen, eine Erklärung abzugeben, ob die im gelben Flugblatt genannten Zahlen stimmen oder nicht. Stadtv. Köster erklärt im Namen seiner Fraktion, daß durch falsche Information Zahlen in das Flugblatt gekommen seien, die nicht den Tatsachen entsprechen und daß er sich freue, daß die Stadt Laasphe einige Schulden weniger habe. (Interessant wäre es zu erfahren, wieviel!) Hierauf wird die Sitzung auf Antrag des Stadtv. Schmid um 10 Minuten unterbrochen, mit der Begründung, daß sich die Sozialdemokraten erst darüber schlüssig werden müßten, ob sie die Erklärung der Bürgerlichen als genügend betrachten wollen oder nicht. Die Sozialdemokraten erklären bei Neuaufnahme der Sitzung, daß ihnen die Erklärung genüge. — Eine Zurfrage des Stadtv. Weide an Bürgermeister Pränger, wie die Stadt augenblicklich stehe, wird von demselben dahingehend beantwortet, daß sich ein genaues Bild augenblicklich noch nicht geben läßt, da durch die sich aus der Auflösung der Gutsbezirke ergebenden Weiterungen noch Verschiebungen entstehen, die heute einen klären Blick unmöglich machen. Er hoffe, daß am 31. März dieses Jahres die Rechnung einen Vorschuß abschließen wird. Hierauf wurde dem Rendanten einstimmig Entlastung erteilt. — Die Wasserwerkskasse schließt in Einnahme mit 28 296,79 M. und in Ausgabe mit 9223,64 M. ab, sodaß ein Bestand von 19 073,15 M. verbleibt. — Anschließend wurden noch folgende Kassen abgenommen und den Rendanten Entlastung erteilt: Die Wasserwerkskasse Laaspherhütte hat in Einnahme 516,44 M., in Ausgabe 156,73 M., mithin Bestand 359,71 M. — Zuchtstierkasse: Einnahme 2303,85 M., Ausgabe 1991,80 M. Bestand 312,05 M. — Badeanstaltskasse: Einnahme 1600,— M., Ausgabe 1984,55 M., Vorschuß 384,45 M. — Anschließend wurde dem Antrage des Magistratsmitgliedes Metz, sein Amt als Stadtverordneter niederzulegen, stattgegeben. — Vor Schluß der Sitzung fragt Stadtv. Kombächer an, wie der Bau der Wasserleitung stehe und ob durch die Undichtigkeit der Leitung der Stadt Mehrkosten entstehen würden. Bürgermeister Pränger erklärt hierauf, daß die Leitung tatsächlich undicht sei, daß aber durch die jetzt bedingten Mehrarbeiten der Stadt keine größeren Ausgaben erwachsen würden, da die Firma Scheben die Dichtigkeit der Leitung auf zwei Jahre garantiert. Darauf wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

* **Laasphe**, 12. Febr. (Sprechstunden der Berufsberatungsstelle des Arbeitsamtes Siegen.) Das Arbeitsamt Siegen teilt mit, daß es mit Rücksicht auf die bevorstehenden Schulentlassungen auch in den Ortschaften Laasphe (Landkreis Wittgenstein) und Altenhundem (Landkreis Olpe) Sprechstunden eingerichtet hat. Die Sprechstunden finden in Laasphe jeden Donnerstag nachmittags ab 5 Uhr, im Rathaus statt.

□ **Banfe**, 12. Febr. Am verflossenen Sonnabend abend hielt die Freiwillige Feuerwehr hierselbst ihre Jahreshauptversammlung ab. Der Vorsitzende begrüßte die zahlreich erschienenen aktiven und inaktiven Mitglieder, insbesondere auch die anwesenden Behördenvertreter, Bürgermeister Dr. Schulenburg und Gemeindevorsteher Doerr. Er erstattete den Jahresbericht für 1929, aus dem wir entnehmen: Die Wehr zählt neben verschiedenen Ehrenmitgliedern 54 aktive und 15 inaktive Mitglieder, sie tritt in das 30. Jahr ihres Bestehens. Der Verlauf in 1929 war ein ruhiger, im Ernstfall ist die Wehr einmal alarmiert worden, und zwar zu dem Scheunenbrand bei der Witwe Frank in Fischelbach, woselbst sie jedoch wegen Erlöschens des Feuers vor Ankunft kaum in Tätigkeit zu treten brauchte. Trotzdem verdient diese Allarmierung der Erwähnung, da sie Beweis dafür abgab, daß die Wehr trotz der Nachtzeit schnellstens und in großer Anzahl zur Stelle war. Uebungen fanden im Jahre regelmäßig statt, hierbei wurde, wie bei allerorts üblich, die ungenügende Beteiligung scharf gerügt und den Mitgliedern die Teilnahme dringend ans Herz gelegt. Die rege Teilnahme wurde schon als Pflicht der Gemeinde gegenüber betont, welche stets bereitwilligst die Bestrebungen der Wehr fördert. Gleichzeitig bei dieser Gelegenheit wurde der Gemeinde Dank gezollt für ihre Opferfreudigkeit. Im Verlaufe des Berichtes wurde auch des Ablebens des Kameraden Schneidermeister Fritz Schmidt ehrend gedacht, welcher einer der Besten der Wehr als stellv. Hauptmann und 2. Brandmeister anzusehen war. Zum Zeichen des Gedenkens erhob sich die Versammlung von den Sitzen. Schließlich wurde des Feuerwehrtages in Berleburg gedacht und insbesondere der glänzende Verlauf desselben betont; er war ein Zeichen der Einigkeit und Stärke. Der Jahresbericht ging dann auf den Wert der Wehren im allgemeinen Vaterlandsdienste über und endete in einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland. Als zweiter Punkt folgte die Rechnungslage, welche einen Bestand von rund RM 22,— neben einem geringen Vereinsvermögen ergab. Der Kassierer Kamerad Scheuer wurde unter Dankesworten Entlastung erteilt. Der 3. Punkt betraf Ersatzwahl für den verstorbenen Kameraden Fritz Schmidt. Auf Vorschlag aus der Mitte der Versammlung wurde zum stellv. Hauptmann und 2. Brandmeister der Kamerad Hauptlehrer Mittelmann einstimmig gewählt, welcher die Wahl für den Rest der Wahlperiode annahm. Außerhalb der Tagesordnung wurden noch verschiedene Fragen behandelt, insbesondere die Gruppen-Lebensversicherung der Feuerwehrleute, welche vom Vor-

binzialverband warm empfohlen und von der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt Westfalen billigst gestellt ist. Alsdann trat die bei den Zusammenkünften der Feuerwehr gewohnte humorvolle Seite ein und hielt die Kameraden in harmonischer Weise noch einige Stunden zusammen. Nicht unerwähnt sollen die von den Gesangvereinsmitgliedern dargebrachten Gesänge bleiben, wofür dem Dirigenten Mittelmann und den Sängern an dieser Stelle Dank gesagt sei.

† **Banfe**, 12. Febr. Die Evangelisation hat mit der ersten Predigt begonnen. Der Besuch war sehr erfreulich. Pastor Schüßler wird aber am Mittwochabend nicht sprechen, da er auf einen Tag nach Hause muß. Sonst aber spricht er jeden Abend und am Sonntag hält er außerdem den Morgengottesdienst.

† **Feudingen**, 12. Febr. Dem Vortrag von Rechtsanwalt Meier-Laasphe über Wirtschaftslage, Polenabkommen und Youngplan auf der Jahreshauptversammlung des landw. Ortsvereins Feudingen und Umgegend entnehmen wir folgendes: Wenn wir uns unsere heutige Wirtschaftslage betrachten, so vermag ich den Optimismus nicht zu teilen, daß unsere Wirtschaft ihren Tiefstand überwunden haben und daß die Kurve nun wieder langsam aufwärts gehen soll. Im Gegenteil, ich bin der Ansicht, daß der Tiefstand noch gar nicht erreicht ist und daß wir mit einer weiteren Verschlechterung unserer Wirtschaftslage rechnen müssen. Für diese Annahme sprechen die enormen Auslandsanleihen, unter denen Industrie und Handel leiden und unter denen die Verwässerung des inländischen Unternehmerkapitals weiter fortschreitet, sowie auch die ungeheuren sonstigen Lasten, die den Einzelnen wie auch den Staat in seiner Gesamtheit treffen. Ein Betrieb, der sich angesichts einer solchen Lage in den nächsten fünf Jahren über Wasser zu halten vermag, ohne die Substanz angreifen zu müssen, der darf mit dem Ergebnis zufrieden sein. Schon seit Ausbruch des Krieges geht es mit unserem ganzen Wirtschaftsleben bergab, trotz einiger Scheinerfolge, bis durch die Umwälzung nach dem Kriege ganze Wirtschaftsbetriebe vernichtet wurden. Eine weitere ungeheure Belastung für den Staat bedeutet unser kostspieliger Verwaltungsapparat und ganz besonders die Finanzämter. Während einmal durch den Bau der Finanzämter Unsummen verschlungen wurden, wird auch durch deren Verwaltung ein großer Teil des Steueraufkommens aufgesaugt. Eine Begleiterscheinung des sinkenden Wirtschaftslebens war die immer geringer werdende Kaufkraft des deutschen Volkes. Während sich der Staat eines Tages seiner sämtlichen Inlandsschulden entledigte, ging der deutsche Sparer seiner sämtlichen Ersparnisse verlustig. Das Aufwertungsgesetz, das nur einen bestimmten Kreis von Schuldnern zur Aufwertung verpflichtet, ist in seiner Form das ungerechtfertigste aller Gesetze, da es vor allem die Banken, die durch ungeheure Zinsen sich bereicherten, von der Pflicht zur Aufwertung freiläßt. Diese Gesetzesmaßnahme hat sich besonders in der Landwirtschaft ausgewirkt, da sie in eine immer tiefere Verschuldung hineingeraten ist. Jeder Anreiz für kapitalbildende Arbeit ist jedem produktiven Betrieb dadurch genommen. Wenn wir die heutige Steuerlast pro Morgen mit 40 bis 50 Mark berechnen, so ist dieser Betrag eher zu niedrig als zu hoch gegriffen, da der Landwirt bei seiner Ertragsberechnung seine eigene Arbeit nicht in der Weise in Rechnung setzt, wie er dies eigentlich tun müßte und wie dies auch in anderen Betrieben geschieht. Unter dem Zwang der Verhältnisse sind daher im Osten eine ganze Reihe Güter eingegangen, die teils für industrielle oder Bankzwecke aufgekauft wurden. — Auf den Youngplan übergehend führte Herr Meier dem Inhalte nach etwa folgendes aus: Wohl 99 % der Bevölkerung sind mit dem Inhalt des Youngplanes nur ganz oberflächlich vertraut und daher gar nicht in der Lage, sich ein zutreffendes Bild machen zu können, in welchem Umfange unser ganzes Wirtschaftsleben beherrscht wird. Ihr Urteil gründet sich in vielen Fällen auf Zeitungsartikel von mehr oder weniger parteipolitischer Färbung und sind häufig von keinerlei Sachkenntnis getrübt. Der Zweck solcher Nachrichten ist, die Allgemeinheit über den eigentlichen Sachverhalt hinwegzutäuschen und ihr das neue Abkommen möglichst schmackhaft zu machen. Wer sich dagegen der ganzen Tragweite des Youngplans bewußt sei, müsse ihn unbedingt ablehnen, denn er lege dem deutschen Volke wirtschaftliche und politische Fesseln an, die es in seiner Entwicklung derart festlegten, daß wir schon nach einigen Jahren sagen würden, wie konnte ein derartiger Vertrag überhaupt zustande kommen. Wenn auch der Dawesplan keine fest umrissene Leistung vorsah, so nahm er auf die jeweilige Zahlungsmöglichkeit Deutschlands doch insofern Rücksicht, als er eine Revision des Vertrages vorsah, wenn sich die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands herausstellte. Eine Revisionsmöglichkeit kennt der Youngplan dagegen nicht. Die Verringerung der Jahresleistung von 700 Millionen Mark, die er vorsieht, wird in etwa aufgewogen durch die Besatzungskosten, die nach dem Youngplan zu Lasten Deutschlands gehen, während sie nach dem Dawesplan von den Besatzungsmächten zu tragen waren. Was wir vom Youngplan bestimmt wissen, ist die Versklavung des deutschen Volkes auf 68 Jahre, er macht es zu einer Kolonie des Feindbundes. Auch die vorzeitige Rheinlandräumung wird in ihrem Verlauf nicht als ein Erfolg in dem Ausmaß zu buchen sein, wie man ihn von vornherein hinstellte. Wir wissen längst, daß die Rheinlandbesetzung für den Feindbund kein Geschäft mehr ist und da die Räumung der zweiten Zone nach dem Friedensvertrag bereits unmittelbar bevorstand, kann man sagen, daß Deutschland auf das Rheinlandversprechen hereingefallen ist. Wie es um die wirtschaftliche Erleichterung bestellt ist, dafür bietet die deutsche Industrie, besonders die Automobilindustrie, typische Beispiele. Die Hauptleitung der Opelwerke befindet sich bereits in amerikanischen Händen. — Auch über das Polenabkommen verbreitete sich Herr Meier in längeren Ausführungen. Auch diese Verhandlungen seien nicht geeignet, der deutschen Landwirtschaft bessere Zukunftsmöglichkeiten zu bieten, da sie in der Hauptsache auf Kosten der Landwirtschaft gingen. Was auf der einen Seite durch höhere Zölle als Vorteil zu werten sei, ging auf der anderen Seite wieder verloren. Sicher sei, daß sich die Preise für landwirtschaftliche Produkte durch di epolnischen Verhandlungen nicht steigern, sondern noch weiter zurückgehen würden. Die Lage der Landwirtschaft werde daher auch in Zukunft eine recht schwierige sein.

Erndtebrück, 12. Febr. Die Geflügelzucht hat im Kreise Wittgenstein seit etwa Jahresfrist durch Gründung von Geflügelfarmen einen ganz bedeutenden Aufschwung genommen. Der gelinde Winter hat den Ertrag derart günstig beeinflußt, daß fast alle Farmen schon heute über Absatzmangel klagen. Diese Erscheinung berechtigt keineswegs zu der Auffassung, daß nun urplötzlich überall eine Ueberproduktion in Eiern herrsche. Sie ist vielmehr die logische Folge davon, daß die Farmenbesitzer, die mit ihrer Ware erst seit einigen Wochen auf den Markt kommen, noch nicht über genügende Geschäftsverbindungen verfügen. Das derzeitige Ueberangebot erstreckt sich daher auch hauptsächlich auf diejenigen Gegenden, wo die Geflügelzucht in größerem Umfang erst im vorigen Jahr aufgenommen worden ist. Ganz besonders werden die Farmen im Kreis Wittgenstein davon betroffen. Um den Absatz nun in die richtigen Bahnen zu lenken, veranstaltet der Geflügelzuchtverein Erndtebrück am kommenden Samstag einen Vortragsabend in seinem Vereinslokal, zwecks Anschluß der hiesigen Züchter an die Westf. Eierverwertungs-Genossenschaft in Hamm. Geplant ist die Errichtung einer Eiersammelstelle. Der Vortrag dürfte für jeden Geflügelhalter von größtem Interesse sein. Näheres im Inseratenteil der heutigen Nummer.

—* **Betragen und Aufmerksamkeit werden aus den Schulzeugnissen abgeschafft.** Wie eine Berliner Zeitung hört, sind im preußischen Unterrichtsministerium Erwägungen im Gange, die Zensierung von Betragen und Aufmerksamkeit aus den Schulzeugnissen zu Ostern dieses Jahres abzuschaffen.

Wetterbericht.

Das kräftige Hochdruckgebiet erstreckt sich von den britischen Inseln über Mitteleuropa zum Schwarzen Meer. Auf seiner Nordseite bringt milde Luft von Skandinavien rasch südwärts vor und hat bereits das deutsche Küstengebiet erreicht.

Voraussichtliche Witterung: Noch meist heiter und Frost.

Aus Nah und Fern.

△ **Gießen.** (Der Obstbau in Oberhessen.) Der Kreis-Obst- und Gartenbauverein Gießen hielt unter dem Vorsitz von Regierungsrat Wolf (Gießen) seine diesjährige Hauptversammlung ab, die sich neben den geschäftlichen Angelegenheiten besonders mit „den dringlichsten Förderungsmaßnahmen im Obstbau", worüber Obstbauinspektor Enkler in Gießen referierte, beschäftigte. Die Förderung des Obstbaues ist mit einbegriffen in das Notprogramm der Reichsregierung zur Unterstützung der Landwirtschaft, da eine sorgsame Bekämpfung des Auslandobstes auf dem Markt schon mit der Anpflanzung und Auswahl der Sorten beginnen muß. In Oberhessen sind es drei Einheitssorten, mit denen ein planmäßiges Umpfropfen durchgeführt wurde. Weiterhin konnten etwa 28 000 Kernobstbäume behandelt werden. 35 Karbolineum-Baumspritzen stehen zur wirksamen Schädlingsbekämpfung zur Verfügung, mit denen etwa 30 000 Bäume präpariert werden konnten. Der natürlichen Schädlingsbekämpfung durch Singvögel muß durch Nistgelegenheiten, Hecken usw. noch größere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

△ **Bad Homburg.** (Gefährliche Kanalexplosion.) Aus bisher unbekannter Ursache entzündeten sich in einem Kabelkanal mit Fernsprechleitungen in der Nähe des Marktplatzes Gase. Unter gewaltigem Getöse und unter Bildung einer mehrere Meter hohen Stichflamme wurden die beiden Deckel des Kabelschachts emporgeschleudert und zerschellten beim Niederfallen in zahllose Stücke. Verletzt wurden im ganzen fünf Personen, die Brandwunden und Fleischverletzungen davontrugen. Ein Chauffeur wurde von dem Luftdruck erfaßt und quer über seinen Wagen weg geschleudert; auch der Wagen wurde beschädigt. Wie durch ein Wunder ist eine Gemüsehändlerin, die an der Explosionsstelle ihren Stand hat, mit dem Leben davongekommen. Sie hatte ihren Platz auf wenige Minuten verlassen; bei der Explosion wurde der Stand samt dem Wagen in die Luft geschleudert. Hand in Hand mit der Explosion, die sich in einem Starkstromkabel ereignete, ging ein Kurzschluß im elektrischen Kabel, wodurch ein Teil der Stadt für längere Zeit stromlos wurde.

△ **Bad Homburg.** (An einer Fischgräte gestorben.) Im Alter von 59 Jahren starb hier Rechtsanwalt und Notar Dr. Wolff. Vor einiger Zeit hatte er eine Fischgräte verschluckt, die sich im Darm querlegte und mehrere Darmwände durchbohrte. Eine Operation konnte ihn nicht mehr am Leben erhalten. Der Verstorbene gehörte als Vertreter der Deutschen Volkspartei dem Homburger Stadtparlament seit mehr als zwei Jahrzehnten an.

△ **Wiesbaden.** (Todessturz beim Skilaufen.) Auf dem Gelände an der Hohen Wurzel in der 20jährige Fritz Bonnkirch beim Skilauf tödlich verunglückt. Infolge Bruches eines Skis kam er zu Fall und verletzte sich so schwer, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus starb.

⊙ **Landwirtschaftliches Inventar unpfändbar.** Scharfe Auseinandersetzungen hat es bereits sehr häufig zwischen den Landwirten und den Finanzämtern wegen Beschlagnahme ihres Viehs infolge von Steuerrückständen, die nicht aus den laufenden Einnahmen, sondern nur aus der Substanz geleistet werden konnten, gegeben. Diese Eingriffe in die Substanz bzw. in die Betriebsmittel — sowohl die toten als die lebenden — waren ein Mißgriff, wie aus einem Urteil des Oberlandesgerichts Königsberg hervorgeht. Dem Urteil entnehmen wir Folgendes: Wegen Steuerrückständen ließ ein ostpreußischer Kreis bei einem Gutsbesitzer 26 Schweine pfänden, wovon 21 versteigert wurden. Der Gutsbesitzer sah im Hinblick auf die „Zubehöreigenschaft" der Schweine in der Pfändung und Versteigerung eine Amtspflichtsverletzung des Gerichtsvollziehers und des Landrats und klagte auf Schadenersatz. Das Landgericht Insterburg wies die Klage ab. Das Oberlandesgericht Königsberg erklärte den Schadenersatzanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt. Nicht der Gerichtsvollzieher, sondern der Landrat als Vorsitzender des Kreises sei haftbar. Eine Pfändung von Grundstückzubehör, also auch des vom Grundstückseigentümer zum landwirtschaftlichen Betriebe bestimmten Viehes, ist unwirksam. Aus sozialpolitischen Gründen ist das zum Wirtschaftsbetrieb erforderliche Vieh der Pfändung entzogen. Nach § 865 der Zivilprozeßordnung ist nicht nur das unentbehrliche, sondern auch das überzählige Vieh, wenn es zum Wirtschaftsbetrieb gehört, unpfändbar. Die Eigenschaft der gepfändeten Schweine als „Zubehör" steht im Entscheidungsfalle fest. Nach einhelliger Rechtsauffassung gilt die Viehzucht (nicht nur Last- und Zugvieh!) als selbständiger landwirtschaftlicher Geschäftszweig, soweit das Vieh seinen Unterhalt im wesentlichen aus dem Grundstück und seiner Bewirtschaftung erhält; dies stand außer Zweifel. Die Schadenersatzpflicht des Landrats wird mit schuldhafter Amtspflichtverletzung begründet, die darin liegt, daß er die Pfändung und Versteigerung des Viehes trotz der Beschwerde des Gutsbesitzers unbeanstandet ließ. Die Pfändung war nicht zulässig, und der Landrat hat dafür zu sorgen, daß seine Organe Dritten nicht ungerechtfertigt Schaden zufügen.

** **Hückelhoven.** (Sechs Bergleute verschüttet.) Auf Zeche Sophia Jakoba sind durch Zubruchgehen einer Strecke sechs Bergleute verschüttet worden. Drei von ihnen konnten nach angestrengten Bergungsarbeiten unversehrt geborgen werden, während über das Schicksal der übrigen im Augenblick nur soviel bekannt ist, daß einer von ihnen durch Klopfzeichen mitteilte, er sei leicht verletzt. Das Rettungswerk wird unter Aufsicht der Bergwerksbehörden mit größtmöglicher Beschleunigung von zwei Seiten aus fortgesetzt. Ueber die zwei anderen Bergleute herrscht noch Ungewißheit.

□ **Vergiftungserscheinungen in Wiener-Neustadt. — Zwölf neue Erkrankungen.** In Wiener-Neustadt sind 12 Personen unter schweren Benzolvergiftungserscheinungen ins Krankenhaus gebracht worden. Die Krankheitssymptome sind bei allen Erkrankten besorgniserregend.

□ **Ein Schmuggelauto zur Strecke gebracht.** Das Schmuggelauto, das in verwegenster Weise dem Tabakschmuggel aus Luxemburg nach Lothringen diente, ist endlich den französischen Zollwächtern in die Hände gefallen, nachdem es Wochen lang an allen Grenzübergängen des Kreises Diedenhofen und des anschließenden Departements Meurthe et Moselle gesucht worden war. Die Schmuggler selbst sind den Gendarmen aber wieder entkommen. Sie hatten bei Hussigny die Grenze überschritten und fuhren mit abgeblendeten Lichtern in raschester Fahrt auf die Zollschranke los. Die auf der Lauer liegenden Gendarmen schossen auf den Wagen und brachten zwei Reifen zum Platzen. Die Schmuggler entflohen in den Wald. In dem Auto wurden 900 Kilogramm Tabak gefunden.

□ **Ein Zugführer als Eisenbahndieb ermittelt.** Durch Ueberrumpelung ist der Urheber zahlreicher Eisenbahndiebstähle ermittelt worden, die seit längerer Zeit im Schnellzug Metz-Saarbrücken verübt wurden. Eine Haussuchung bei dem durch die Anzeige eines Fahrgastes verdächtig gewordenen Zugführer Selvert aus Metz förderte zahlreiches Diebesgut und einen Schlüsselbund zutage, mit dem der ungetreue Beamte während der Fahrt die Koffer zu öffnen pflegte.

□ **Die deutsche Agrarpolitik als Beispiel.** Eine in Colmar abgehaltene Tagung des Elsässischen Bauernbundes stellt der französischen Regierung die deutsche Agrarpolitik als Muster hin und verlangt auch für Frankreich eine für die Landwirtschaft günstige Zollpolitik und Kreditpolitik, die Beseitigung der hohen Erbschafts- und Besitzwechselabgaben, Pflege der Landwirtschaftsschulen und die Unterstützung der Berufsorganisationen und Genossenschaften der Landwirtschaft. Kredithilfe wird besonders für den notleidenden Weinbau verlangt, dem auch der genossenschaftliche Zusammenschluß besonders nahegelegt wird.

□ **Explosion der neuesten englischen Schnellzugslokomotive.** In Carstaire bei Glasgow explodierte ein Zylinder der neuesten englischen Schnellzugslokomotive, die nach einem neuen System gebaut ist. Der Lokomotivführer und der Heizer wurden schwer verletzt. Die Lokomotive war erst vor acht Tagen an die Eisenbahngesellschaft geliefert worden.

Lloyddampfer „München" gesunken.

New York, 12. Febr. An Bord des Lloyddampfers „München" brach, nachdem er seinem Pier gelandet hatte, ein Brand aus. Es folgten mehrere Explosionen, die den Dampfer erschütterten und die mit den Löscharbeiten beschäftigten Feuerwehrleute zu Boden warfen. Kurz darauf ist der Dampfer an seinem Pier gesunken.

Das Verkehrsflugzeug Paris-Croydon abgestürzt.

Zwei Tote und mehrere Verletzte.

Das fahrplanmäßige Verkehrsflugzeug Paris—Croydon ist in der Nähe von Marden abgestürzt. Das Flugzeug ging bei dem Anprall in Flammen auf und ist bis auf die Eisenkonstruktion völlig zerstört worden. Zwei der Insassen sind in den Flammen umgekommen. Der Flugzeugführer erlitt schwere Verletzungen und Brandwunden. Ein dritter Reisender, der Mechaniker und der Bordkellner wurden leichter verletzt.

Der Flugzeugführer war bei dem Anprall aus dem Flugzeug geschleudert worden, welchem Umstande er seine Rettung zu verdanken hat. Zwei weitere Mitglieder der Besatzung und ein Reisender konnten ohne Schwierigkeiten gerettet werden. Die beiden anderen waren in dem Flugzeug eingeschlossen und jede Hilfeleistung war wegen der ungeheuren Hitze unmöglich.

Explosion in einer Triester Redaktion.

Vier Verletzte. — Terrorakt der Orjuna?

Aus bisher noch nicht aufgeklärten Gründen ist in Triest ein Attentat auf die Redaktion des „Popolo di Triesti" verübt worden. Um 22.50 Uhr, als die Redaktion und die Setzerei bei voller Arbeit waren, erfolgte im ersten Stock des Gebäudes eine furchtbare Explosion, der der Einsturz von Türen, Fenstern und Decken folgte.

Bald darauf wurden vier Verletzte und zwar der Redakteur Neri, zwei Korrektoren, sowie ein Bote ins Krankenhaus geschafft. An der Unglücksstelle trat sofort die Feuerwehr ein, um die Aufräumungsarbeiten vorzunehmen.

Der Kampf gegen den Alkohol in Amerika.

Den Schmugglern geht es an den Kragen.

Die amerikanische Regierung hat einen neuen großen Kampf gegen den Alkoholschmuggel eingeleitet. In Chicago wurden 155 Personen und 31 Firmen unter Anklage gesetzt, sieben Millionen Gallonen Industrialkohol zu Whisky verarbeitet zu haben. In Springfield wurden 17 Schmuggler verhaftet, die zwei Großfirmen Alkohol geliefert hatten. In Philadelphia sind drei ehemalige Prohibitionsagenten und vier Eisenbahnbeamte wegen Schmuggels angezeigt worden.

Ein riesiges Schnapssyndikat in Chicago ausgehoben.

In Chicago wurde ein riesiges Schnapsschmuggelsyndikat ausgehoben.

Bei dem Syndikat handelt es sich um ein weitverzweigtes Unternehmen, das über ganz Amerika mit einer Kapitalanlage von 60 Millionen Dollar arbeitete und an dem fast 200 Personen beteiligt waren. Die Aushebung wird einen großen Skandal nach sich ziehen, da ganz bekannte Persönlichkeiten in die Sache verwickelt sind.



Heute nachmittag 12½ Uhr wurde unser lieber, treusorgender Vater, Großvater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Landwirt Wilh. Weiand

im Alter von 62 Jahren von einem kurzen, schweren, mit großer Geduld ertragenem Leiden, im Krankenhaus in Siegen durch einen sanften Tod erlöst.

Dies zeigen in tiefem Schmerz an:

Geschwister Weiand.

Zinse b. Erndtebrück und Buschhütten, Kr. Siegen, den 11. Februar 1930.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3½ Uhr statt

Nachruf.

Am 6. ds. Mts. verstarb in Hückeswagen unser Ehrenmitglied

Herr Metzgermeister

Fritz Bürger.

Seit Gründung der Wehr gehörte er derselben bis zu seinem Wegzuge als aktives Mitglied an. Wir verlieren in dem Verstorbenen ein eifriges Mitglied und werden sein Andenken in Ehren halten.

Freiw. Feuerwehr Erndtebrück.

Geflügelzüchter und Landwirte!

Am **Samstag den 15. Februar 1930, nachm. 2.30,** findet im Westf. Hof in Erndtebrück eine

Versammlung zwecks evtl. Gründung einer Eiersammelstelle

statt. In dieser Versammlnng spricht der Geschäftsführer der Westfälischen Eierverwertungsgenossenschaft in Hamm, Herr Habernoll,

über die Einrichtung der W. E. G. und den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Eierlieferanten.

Wir laden hierzu ergebenst ein.

Geflügelzuchtverein für Erndtebrück und Umgegend.

Sonntag, den 16. Februar

Pat und Patachon

in

Die blinden Passagiere

Lichtspiele Westf. Hof, Laasphe

An unsere Stromabnehmer!

Um die Stromabrechnung innerhalb unseres Verbandes aus wirtschaftlichen Gründen einheitlich zu gestalten, sehen wir uns gezwungen, die Abrechnung für Januar und Februar in unserem Gebiet (Kreis Wittgenstein) auf einer Rechnung vorzunehmen. Mithin wird in dieser Rechnung die doppelte Grundgebühr und Zählermiete aufgeführt.

Da die Ablesungen für Februar nicht wie sonst Anfang März, sondern schon Anfang Februar erfolgen, wird der Haushaltungstarif hierbei wie folgt abgerechnet:

Haushaltgebühr Januar	RM. 2.00
„ Februar	
(nur Zählermietenanteil)	„ 0.50
	Sa. RM. 2.50

In diesem Betrag sind 10 Frei-kWh enthalten.

Elektrizitätsverband Büren-Brilon-Wittgenstein, G. m. b. H., Betriebsverwaltung Wittgenstein, Berleburg i. Westfalen.

Achtung! Achtung!

1. großer Werbetag!

Komme **Freitag** nach **Laasphe** mit einer Riesen-Auswahl garantiert süßer **Apfelsinen,** 20 u. 25 Stück **1.—Mk.,** prachtvolle, rote **Eß- u. Kochäpfel,** Pfund nur **15 Pfg.,** ferner große Auswahl in **Blumenkohl,** schneeweiße Ware, von **35—60 Pfg.** das Stück, fr. **Rosenkohl, Rotkohl, Weißkohl, Wirsing,** Pfund **15 Pfg. Holl. Vollheringe,** 15 Stück **1.— Mk.**

— Alles andre billig! —

Hermann Bröhl, Elberfeld.

Frankfurter Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 13. Februar. 6.30: Wetterbericht und Zeitangabe. Anschließend: Morgengymnastik. — 12.30: Schallplattenkonzert. — 13.30—13.45 (1.30—1.45): Werbekonzert. — 15.15—15.45 (3.15—3.45): Stunde der Jugend. — 16 (4) Von Stuttgart: Nachmittagskonzert. — 18.05 (6.05): „Frankreich, die Parteien — der Abgeordnete und der Wähler". — 18.35 (6.35) Nach Stuttgart: „Das menschliche Gehirn — ein Empfänger, Transformator und Sender der Weltenenergie". — 19.05 (7.05) Nach Stuttgart: Französischer Unterricht. — 19.30 (7.30) Nach Stuttgart: Unterhaltungskonzert. — 20.30 (8.30) Nach Stuttgart: Nora oder ein Puppenheim. — 22 (10) Nach Stuttgart: Nachrichten. — 22.25—24 (10.25—12) Nach Stuttgart: Tanzmusik.

Oberförsterei Ebersbach.

Brennholzversteigerung

am **Montag, den 17. Februar 1930** zu Straßebersbach, Turnhalle, ab 9 Uhr Försterei **Dietzhölze** Distrikt: 51 (Flinkrichteseite), 45 b (Flinkrichteseite), 33 a/1 (Kahrseite) und Försterei **Mandeln,** Distrikt: 29 b/1 (Mengesberg) und außerdem den Sammelhieb der letztgenannten Försterei, etwa:

7	rm	Eichen-Scheit und Knüppel
31	„	„ Reiser I. Kl.
415	„	Buchen-Scheit
295	„	„ -Knüppel
102	„	„ -Reiser I. Kl.
30	„	„ „ III. Kl.
17	„	Fichten-Scheit und Knüppel.

Die Herren Bürgermeister werden um ortsübliche Bekanntmachung gebeten.

Der Preußische Staatsoberförster.

Brennholzverkauf

in der Fürst Wittgenstein'schen Oberförsterei Banfe.

Freitag, den 14. Februar ds. Jrs., vorm. von **10 Uhr** ab gelangen zur öffentlichen Versteigerung in der Gastwirtschaft Saßmannshausen in Hesselbach

aus **Distrikt Dickung 84 a** (Förster Wunderlich)
24,10 rm Eichen-Knüppel
3,75 „ Nadelholz-Knüppel
116½ Stück Eichen-Stammreishaufen
97 „ „ -Astreishaufen;

aus **Distrikt Spreitskopf 81 c/1, Hint. Spreit 81 a, Armemann 77 e** (Förster Wipper)
7,00 rm Eichen-Knüppel
89 Stück Eichen-Stammreishaufen
10½ „ Eichen-Astreishaufen.

Anzahlung ein Drittel des Steigerpreises.

Frisch eingetroffen!
Schellfisch, à Pfd. 40 Pfg.,
grüne Heringe, „ 30 „
Fischfilet, „ 60 „
Rotkraut, Weißkraut, Wirsing, erste Qualität, à Pfd. 15 Pfg.,
rote Speisemöhren, 10 Pfd. 1.— Mk.,
Riesen-Blumenkohl, 60 und 70 Pfg.,
großer Kopfsalat,
großer Endiviensalat,
Tafeläpfel, sehr schön 10 Pfd. 2.50 Mk.
Apfelsinen, das beste was es gibt, 20 Stück 1 Mark
Blankreuz Maria 10 Stück 1.50 Mk.

Christian Klinkert,
Bahnhofstraße, Telefon 79.

Einfamilienhaus,
4 Zimmer und Küche, elektr. Licht, Wasserl. und Garten zu verpachten.

Wo? sagt die Geschäftsst. der Wittgensteiner Zeitung.

Prima
Kleeheu
zu kaufen gesucht.

Gustav Berger & Cie.
Erndtebrück.

Wie des Lebens Würfel fielen....

Von Fr. Lehne.

27] (Nachdruck verboten.

Mit welcher Selbstverständlichkeit Rosel doch angenommen, daß ihre — Gildas — Zurückgezogenheit Grund in Liebeskummer hatte!

Sie konnte dem Mädchen dennoch über diese Unzartheit nicht böse sein, da sie ganz Rosels Gedankenkreis entsprungen war!

Und Rosel hatte nicht das Unrechte getroffen!

Ja, es war mit dem Herzallerliebsten vorbei!

Niemals mehr als jetzt hatte Gilda brennendere Sehnsucht nach Traugott empfunden — und niemals war er ihr doch ferner gerückt!

Wenn er gewußt, wie erbärmlich es ihr jetzt ging! Unerträglich, unsagbar demütigend wäre ihr dieser Gedanke gewesen!

Und keine Aenderung abzusehen! Immer diese Geldnot! Jetzt kannte sie die Sorgen aus eigener Erfahrung, von denen sie früher nichts hatte wissen wollen! „Lieber tot sein als in Not und Sorgen und Dürftigkeit leben" — so hatte sie einst zu Traugott gesagt — und wie mußte sie sich jetzt durchhelfen! Verzweiflung packte sie, wenn sie alles überdachte! Und wenn sie nicht gehofft, daß ihr der neue Tag ein Wunder bescheren würde — längst hätte sie ein Ende gemacht! Als eine vom Leben Enttäuschte wäre sie nicht ins Elternhaus zurückgekehrt! Das ertrug ihr Trotz nicht!

Der Monatserste war vor der Tür. Die Miete war zu zahlen. Wer ihr das früher gesagt, daß sie sich um fünfunddreißig Mark so sorgen müßte —! Und sie hatte nicht mal zwanzig Mark mehr in der Tasche! Die schlaue Rosel Wartinger wußte Rat.

„Fräulein Manborg, ich brauche so nötig ein neues Sommerkleid! Sie haben so viele Kleider — überlassen Sie mir eines und sie wohnen dafür noch einen Monat umsonst und die Mutter muß Ihnen das Frühstück richten und auch mehr Zeit zur Klavierbenutzung lassen! Kein Mensch spielt doch bei uns —"

Gilda mußte doch lächeln — eines ihrer Kleider hergeben, die alle viele Hunderte gekostet —! Fürwahr, die Rosel machte kein schlechtes Geschäft!

„Wenn Ihre Mutter mit Ihrem Vorschlag einverstanden ist — mir soll es recht sein!" sagte sie müde. Es wäre ihr jetzt in ihrer körperlichen und seelischen Verfassung doch unmöglich gewesen, wieder ein neues Unterkommen zu suchen!

Rosels Augen glänzten vor Erwartung.

„Oh, die Mutter wird schon einverstanden sein —! So ist uns beiden doch geholfen, Fräulein Manborg! Es tut mir so leid, daß es Ihnen so geht — denn Sie haben doch bessere Tage gesehen! Warum plagen Sie sich so und machen sich das Leben so schwer! Immer sitzen Sie zu Hause! Sie würden doch gleich einen Herrn finden — wer so ausschaut wie Sie —! Warum sind Sie so schwerfällig?"

Ja, warum?

Manchmal schon, in schlaflosen Nächten, war der Gedanke in ihr aufgetaucht, sich das Leben ein wenig zu erleichtern!

Sie wußte, welche Macht sie über diese Männer besaß — eine Kleinigkeit wäre es ihr gewesen, zu finden, was Rosel Wartinger angedeutet! Denn unglaublich lächerlich war es geradezu, wie erbärmlich sie sich durchschlug — und hatte es doch selbst in der Hand, eine Aenderung zu treffen!

Und doch war etwas in ihr, das sie zurückhielt, sich eine leichtere, freiere Lebensauffassung zu eigen zu machen, selbst wenn die Verzweiflung über ihr jetziges armseliges Leben sie zu überwältigen drohte — es war der Gedanke an Traugott! —

Seinetwegen durfte sie sich nicht wegwerfen — und wenn sich ihr auch tausend lockende Möglichkeiten geboten hätten!

Das Herz brannte ihr, gedachte sie seiner!

Seine Liebe hatte sie verklärt, zur Königin erhoben — nein, unmöglich wäre es ihr gewesen — lieber betteln gehen —!

Wenn sie auch geglaubt hatte, in seinen nach ihrer Ansicht zu kleinlichen, strengen, bürgerlichen Anschauungen nicht leben zu können, so mußte sie dennoch seiner Liebe wert bleiben!

Sie wußte wohl, welchen kostbaren Schatz sie achtlos weggeworfen — immer mehr kam es ihr zum Bewußtsein — was hatte sie dafür eingetauscht!

Gilda saß da, das Gesicht mit der Hand beschattet, ängstlich von Rosel beobachtet, die nichts anderes dachte, als daß sie mit ihren Aeußerungen doch eine große Unvorsichtigkeit begangen habe —!

„Verzeihen Sie, Fräulein Manborg!" sagte sie leise, „verzeihen Sie mir, ich hatte es ja nur gut gemeint —!"

Gilda nickte mit abwesendem Blick.

„Ich weiß es, Fräulein Rosel, und vielleicht haben Sie gar nicht mal so unrecht, wenn nicht — —" sie brach ab und stand auf.

Sie schloß ihren Koffer auf und nahm nach kurzem Ueberlegen einen verschnürten Karton heraus.

„Hier, Fräulein Wartinger, suchen Sie sich aus! Mir ist es gleich, welches Kleid Sie wählen!" sagte sie müde.

Rosels Finger zitterten vor Erregung, während sie die Verschnürung löste — drei hauchzarte weiße Batistkleider lagen darin. Ihre Augen leuchteten auf. Sie konnte sich in keiner Wahl entschließen — ein Kleid gefiel ihr besser als das andere! Gilda mußte ihr raten; sie probierte eines sogar an und da das einigermaßen paßte, behielt sie es.

„Was wird mein Doktor sagen, wenn er mich darin sieht!" sagte sie glückstrahlend, „die Aenderungen sind nur klein — die kann ich mir selbst machen! — Seien Sie versichert, Fräulein Manborg, daß ich es bei Mutter durchsetze, daß sie sich ein wenig mehr um Sie kümmert! Ich freue mich zu sehr über das schöne Kleid — schon lange stand mein solchem Kleid mein Wunsch!"

Sie verabschiedete sich schnell; vielleicht dachte sie, Gilda würde der Tausch leid tun — denn die schlaue Rosel verstand den Wert des Kleides richtig einzuschätzen!

Gilda lächelte bitter. So ging ein Stück ihrer Habseligkeiten nach dem andern davon! Sie schauerte leise zusammen — — was würde ihr noch bleiben! — —

11.

„Es war das Gescheiteste, was Sie tun konnten, Fräulein Manborg — habe ich es nicht gesagt? Und nun nicht ängstlich sein —! Im Kabarett kommt es doch nicht so darauf an wie im Konzertsaal — — und Sie verdienen mehr, als wenn Sie ein Dutzend Klavierschüler hätten! Tagsüber können Sie doch üben, so viel Sie mögen! Toiletten haben Sie genügend und brauchen dafür kein Geld auszugeben! Sie werden sicher Ihr Glück machen — wer so schön ist wie Sie! So werden Sie wenigstens gesehen —!"

(Forts. folgt.)